

Liebe Mitglieder, liebe Freunde und Freundinnen Südafrikas,

wenig überraschend haben die Wahlen zum nationalen Parlament für den ANC zu einem in seiner Höhe nur von wenigen Beobachtern vorhergesagten hohen Stimmenverlust (von 57,5 % in 2019 auf 40,2 % in 2024) geführt. Bei den zeitgleichen Wahlen in den neun Provinzen konnte der ANC in 6 Parlamenten hingegen seine Führungsposition behaupten. Die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit („Government of National Unity“, abgekürzt GNU) konnte erst in letzter Minute vor der Vereidigung des alten und neuen Präsidenten Cyril Ramaphosa vereinbart werden. Ihr liegen 10 „fundamentale Prinzipien“ und „9 Prioritäten“ zugrunde, die Südafrika in eine bessere Zukunft führen sollen (s. Artikel in diesem Newsletter). Entgegen aller Wahlversprechen von ANC und DA wurde das Kabinett nicht verkleinert, sondern auf 32 Minister*innen und 43 stellvertretende Minister*innen vergrößert. Das ist jedoch dem Umstand geschuldet, dass alle Parteien in der GNU auch mit ihren personellen Interessen berücksichtigt werden mussten. Die neugegründete uMkhonto weSizwe Party (MKP) und die Economic Freedom Fighters (EFF) bilden die Opposition, wobei der Vorsitzende der MKP-Fraktion „Leader of the Opposition“ wurde, also ein im Gefüge des südafrikanischen Parlaments herausgehobenes Amt ausübt.

Entscheidend ist, dass die südafrikanische Demokratie sich, anders als von vielen befürchtet, in der bisher schwersten Herausforderung bewährt hat. Cyril Ramaphosa hat weiter die Zügel in der Hand (was angesichts des hohen Stimmenverlustes für den ANC nicht als selbstverständlich galt) und die südafrikanische Wirtschaft begrüßt das Regierungsbündnis. Dem Kabinett gehören vielversprechende Nachwuchspolitiker an, wie z.B. der neue Außenminister Ronald Lamola, allerdings auch weniger effiziente Politiker aus der Vorgängerregierung wie der Bergbauminister Gwede Mantashe. Insgesamt zeichnet sich ein Silberstreif am Horizont für das von Stromabschaltungen, Wasserkrisen und extrem hoher Jugendarbeitslosigkeit geplagte Land ab. Dennoch bleibt die weitere Entwicklung ungewiss. Wie werden sich die für ihre Radikalität bekannten beiden Oppositionsparteien uMkhonto weSizwe und Economic Freedom Fighters verhalten? Kann die Regierung den aufgeblähten und überbezahlten Staatsapparat auf ein vernünftiges Maß zurückschneiden und damit Mittel für den Erhalt der Infrastruktur, die Verbesserung der Schulbildung und andere Zukunftsaufgaben freisetzen? Können sich die Minister gegen die vor allem in der Regierungszeit Jacob Zumas häufig ohne ausreichende Ausbildung und Fähigkeiten in großer Zahl eingestellten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes durchsetzen? Wie wird sich das Verhältnis der Zentralregierung zu den ANC-beherrschten Provinzregierungen und den Koalitionen in den Metropolen entwickeln, in denen z.T. die EFF mitwirken? In der Außen- und Sicherheitspolitik wird sich an der Neuausrichtung voraussichtlich wenig ändern. Was bedeutet das für die künftige bi- und multilaterale Zusammenarbeit? Wir haben mit der Herausgabe dieses Newsletters bis zur ersten Regierungserklärung von Präsident Ramaphosa am 18. Juli gewartet. Wir werden die Entwicklung in den kommenden Monaten intensiv beobachten und viel Stoff für weitere Berichterstattung haben. Sollten unsere Leser in Südafrika dazu beitragen wollen, indem sie über ihre persönlichen Beobachtungen und Einschätzungen berichten, ist das mehr als willkommen.

In der letzten Ausgabe hatten wir über erste Gespräche mit dem Südafrika Forum NRW (SAFNRW) mit dem Ziel einer engeren Zusammenarbeit berichtet. Dies war auch Thema unserer Mitgliederversammlung, über die Sie einen Bericht in diesem Newsletter finden. Inzwischen haben weitere gute Gespräche stattgefunden und nach dem Ausscheiden unserer bisherigen engagierten Vorstandsmitglieder Caroline Stiebler und Annette Verheyen haben wir am 3. Juli 2024 mit Gabriela Schmitt und Vera Dwors zwei Mitglieder des Beirats des SAFNRW in den DeSaFor Vorstand und zudem Klaus Brückner als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied berufen.

Wir wünschen Ihnen noch viele sonnige, erholsame und erlebnisreiche Sommertage.

Wie immer mit herzlichen Grüßen

Ihr **Hans-Werner Bussmann**



In dieser Ausgabe:

- **Geleitwort von Hans Werner Bussmann**
- **Zahlen und Fakten zur Parlamentswahl von Hans-Werner Bussmann**
- **Leitplanken für die Regierungsarbeit der Regierung der nationalen Einheit**
- **„Stability and Hope“ von Yacoob Abba Omar**
- **„Eine ‚Regierung der nationalen Einheit‘ für Südafrika“ von Dr. Melanie Müller**
- **„The GNU in motion“ von Klaus Brückner**
- **Bericht über die Mitgliederversammlung Peter Conze**
- **In eigener Sache**

Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor

c/o Hans-Werner Bussmann

(V.i.S.P)

Gutzmannstraße 17

14165 Berlin

Parlamentswahlen 2024 auf nationaler und Provinzebene: Zahlen und Fakten

Von Hans-Werner Bussman

Wahlbeteiligung:

Die Wahlbeteiligung lag bei 59 % der Wähler*innen, die sich registriert hatten (2019: 66 %, 2014: 73 %). Bezogen auf die nach der Verfassung wahlberechtigten Südafrikaner*innen sind davon nur 40 % an die Wahlen gegangen.

Die Ergebnisse auf nationaler Ebene im Einzelnen:

Partei	Anteil 2024	Anteil 2019	Differenz	Sitze 2024	Sitze 2019	Differenz
<u>ANC</u>	40,2	57,5	./-17,3	159	230	./-71
<u>DA</u>	21,8	20,8	+1,0	87	84	+3
MKP	14,6	-	-	58	-	+58
EFF	9,5	10,8	./-1,3	39	44	./-5
<u>IFP</u>	3,9	3,4	+0,5	17	14	+3
PA	2,1	-	-	9	-	+9

UDM	0,49	0,45	+0,04	2	1	+1
Rise M.	0,42	-	-	1	-	+1
Al J.	0,24	0,18	+0,06	2	1	+1
PAC	0,23	0,19	+0,04	1	1	-
<u>GOO</u>	0,18	0,40	./-0,22	1	2	./-1
<u>D</u>						
UAT	0,22	-	-	1	-	+1

Legende: unterstrichen = mit Kabinettsmitglied(ern) / rote Buchstaben:: Opposition

alle anderen GNU zugehörig: ANC: African National Congress / DA: Democratic Alliance / MKP: uMkhonto weSizwe Party / EFF: Economic Freedom Fighters / IFP: Inkatha Freedom Party / PA: Patriotic Alliance / FF+: Freedom Front plus / UDM: United Democratic Movement / Rise M.: Rise Mzansi / Al-J.: Al Jam-ah / PAC: Pan African Congress / GOOD: Good. /

Kurzkommentar zu den Ergebnissen:

Die Südafrikaner haben bei den Parlamentswahlen 2024 den **ANC** erwartungsgemäß abgestraft und ihm einen überdeutlichen Stimmenverlust von 17,3 % im Vergleich zu den Wahlen in 2019 besichert, so dass er lediglich auf 40,2 % Stimmenanteil gekommen ist.

Völlig überraschend hat die von Jabulani Khumalo im September 2023 gegründete **uMkhonto weSizwe Party** (MKP) aus dem Stand heraus landesweit 14,6 % der Stimmen auf sich gezogen. Jacob Zuma, C. Ramaphosas Vorgänger, der hinter dieser Gründung steht, hat vor allem die Zulus mobilisiert. So hat in der weit überwiegend von Zulus bewohnten Provinz KwaZulu Natal die MKP sogar 46 % der Stimmen erzielt.

Zuma selbst darf, obschon Spitzenkandidat der MKP, sein Mandat aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteils wegen seiner Verurteilung in einem Strafverfahren nicht antreten. Er wird aber dennoch die Fäden im Hintergrund ziehen.

Die **Economic Freedom Fighters** haben ihre Ziele weit verfehlt und mussten einen Verlust von 5 Parlamentssitzen hinnehmen.

Die zweitstärkste Partei **Democratic Alliance** konnte ihren Stimmenanteil lediglich um 1% steigern, während die **Inkatha Freedom Party** in KwaZulu-Natal ihr Ergebnis steigern konnte, obwohl ihr jahrzehntelanger Führer Chief Mangosuthu Buthelezi 2023 starb und die MKP auf stammesorientierte Wähler große Sogwirkung entfaltete.

7 kleinere Parteien haben jeweils um die 2 % und weniger erlangt. Ihr Projekt, zusammen mit der DA im Rahmen der Multi Party Charter, eine Mehrheit gegen den ANC und die Linksparteien zu erlangen, ist also gescheitert. Jedoch sind 8 der kleineren Parteien der Regierung der Nationalen Einheit beigetreten, 5 davon ohne einen Ministerposten zu erhalten.

Wahlergebnisse in den 9 Provinzen

Für die weitere Entwicklung des gesamten Landes sind die Ergebnisse der Wahlen zu den Provinzparlamenten nicht unwichtig. Südafrika ist zwar kein föderaler Staat, aber die Provinzen spielen bei der Gesetzgebung auf nationaler Ebene sowie bei der Umsetzung der Beschlüsse der Zentralregierung keine unwesentliche Rolle.

Kommentare zur nebenstehenden Grafik:

ANC: konnte in ländlich geprägten Provinzen und besonders im Norden des Landes weiterhin hohe Stimmenanteile verbuchen und stellt dank absoluter Mehrheit im Freestate, sowie in Limpopo, Mpumalanga, der Northwest Province und dem Eastern Cape die Provinz-Regierungen. Gerade in diesen Provinzen, in denen die neue MKP und die EFF viele Anhänger haben, könnte es für die GNU schwierig werden, ihre Ziele und Vorhaben durchzusetzen.

DA: bleibt erfolgreich in den wirtschaftlich gewichtigeren Provinzen (Gauteng, Western Cape, Eastern Cape (Daimler und Volkswagen mit Zulieferbetrieben) und kann weiterhin im Western Cape allein regieren.

EFF: verloren in Jacob Zumas Heimatprovinz massiv Wähler an die MKP, obwohl der Parteichef Julius Malema bisher enge Verbindungen zum früheren ANC- / Staatspräsidenten unterhielt. Das künftige Zusammenwirken beider Parteien in der Opposition im nationalen Parlament verdient daher besondere Aufmerksamkeit.

Provinz	Freestate	Gauteng	KwaZulu Natal	Limpopo	Mpumalanga	Northern Cape	Nordwest Province	Eastern Cape	Western Cape
Ergebnis Partei	a) Prozent b) Sitze	a) Prozent b) Sitze	a) Prozent b) Sitze	a) Prozent b) Sitze	a) Prozent b) Sitze	a) Prozent b) Sitze	a) Prozent b) Sitze	a) Prozent b) Sitze	a) Prozent b) Sitze
ANC	51,87 16	34,76 28	16,99 14	73,30 48	51,15 27	49,34 15	57,73 23	62,16 45	19,55 8
DA	21,88 7	23,44 22	13,36 11	5,96 4	12,02 6	21,19 7	13,24 5	14,89 11	55,30 24
EFF	13,56 4	12,93 11	2,16 2	14,12 9	13,87 7	13,25 4	17,37 7	10,14 8	5,30 2
MKP	1,93 1	9,79 8	45,35 37	0,85 1	16,97 9	-	2,06 1	1,44 1	-
FF +	3,01 1	2,33 2	-	1,09 1	1,53 1	1,83 1	2,60 1	0,52 1	1,45 2
PA	-	2,03 2	-	-	-	8,64 3	-	2,31 3	7,8 3
ActionSA	-	4,16 3	-	-	0,50 1	-	1,70 1	-	-
UDM	-	-	-	-	-	-	-	3,71 3	-
ACDP	-	0,74 1	-	-	-	-	-	-	1,29 1
BOSA	-	0,76 1	-	-	-	-	-	-	-
RISE	-	0,98	-	-	-	-	-	-	-
UAT	-	-	-	0,82 1	-	-	-	-	-
NCC	-	-	-	-	-	-	-	-	0,82 1
AL Jama-ah	-	-	-	-	-	-	-	-	2,38 1
GOOD	-	-	-	-	-	-	-	-	1,13 1
ANC – African National Congress					DA – Democratic Alliance				
EFF – Economic Freedom Fighters					MKP – uMkonto weSizwe Party				
FF+ – Freedom Front Plus					PA – Patriotic Alliance				
UDM – United Democratic Movement					ACDP – African Christian Democratic Party				
BOSA – Build One South Africa					RISE – Rize Mzansi (“Stehe auf Südafrika“)				
UAT – United Africans Transformation					NCC – National Coloured Congress				
Al Jama-ah					GOOD – Good				

MKP: Das gute Abschneiden der Partei in Gauteng kann darauf zurückgeführt werden, dass dort traditionell viele Arbeiter aus KZN in den Bergwerken arbeiten, die weiterhin enge Bindung zu ihrer Heimatprovinz KZN und ihrem Stamm der Zulu unterhalten.

GOOD: da der Präsident nur zwei Minister ernennen darf, die nicht dem Parlament angehören, genügte der Parteichefin Patricia de Lille der einzige Sitz im Western Cape, um erneut das Amt der Tourismusministerin zu übernehmen.

Leitplanken für die Regierungsarbeit der Regierung der nationalen Einheit

Für die Arbeit der Regierung der nationalen Einheit („Government of National Unity - GNU“) wurden von Fikile Mbalula (ANC Generalsekretär) und Helen Zille (Vorsitzende des DA-Bundesrates) in der Zeit zwischen Verkündung des Wahlergebnisses und der Parlamentsöffnung bis kurz vor Vereidigung des Präsidenten 10 Grundprinzipien und 9 Prioritäten verhandelt.

Sie sind Teil des „GNU’s founding statement of intent“ und sind – im Unterschied zu den in Deutschland üblichen, mehrere hundert Seiten umfassenden Koalitionsverträgen - der Referenzrahmen für das gemeinsame Regierungshandeln.

Dieser „Basis-Absichtserklärung“ sind inzwischen 8 weitere Parteien, welche zusammen mit dem ANC und der DA die Regierung der nationalen Einheit bilden, beigetreten. Den vollständigen Text finden Sie über diesen link: [„GNU founding statementof intent“](#).

Principles and Priorities as agreed upon by the participating parties in the GNU founding statement of intent	
10 Principles	9 Priorities
<ol style="list-style-type: none"> 1. Respect for the Constitution, the Bill of Rights in its entirety, a united South Africa, and the rule of law. 2. Non-racialism and non-sexism. 3. Social justice, redress and equity, and the alleviation of poverty. 4. Human dignity and the progressive realisation of socioeconomic rights. 5. Nation-building, social cohesion and unity in diversity. 6. Peace, stability and safe communities, especially for women and children. 7. Accountability, transparency and community participation in government. 8. Evidence-based policy and decision-making. 9. A professional, merit-based, non-partisan, developmental public service that puts people first. 10. Integrity, good governance and accountable leadership. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Stabilising local government, effective cooperative governance, the assignment of appropriate responsibilities to different spheres of government and review of the role of traditional leadership in the governance framework. 2. Creating a more just society by tackling poverty, spatial inequalities, food security and the high cost of living, providing a social safety net, improving access to and the quality of basic services, and protecting workers' rights. 3. Stabilising local government, effective cooperative governance, the assignment of appropriate responsibilities to different spheres of government and review of the role of traditional leadership in the governance framework. 4. Investing in people through education, skills development and affordable quality health care. 5. Building state capacity and creating a professional, merit based, corruption-free and developmental public service. Restructuring and improving state-owned entities to meet national development goals. 6. Strengthening law enforcement agencies to address crime, corruption and gender-based violence, as well as strengthening national security capabilities. 7. Strengthening the effectiveness of Parliament in respect of its legislative and oversight functions. 8. Strengthening social cohesion, nation-building and democratic participation, and undertaking common programmes against racism, sexism, tribalism and other forms of intolerance. 9. Foreign policy based on human rights, constitutionalism, the national interest, solidarity, peaceful resolution of conflicts, to achieve the African Agenda 2063, South-South, North-South and African cooperation, multilateralism and a just, peaceful and equitable world.

HOW THE NEW GOVERNMENT WILL WORK

THE PARTIES IN THE GNU

PRINCIPLES

- The Constitution
- Non-racialism and non-sexism
- Stable municipalities
- Merit-based public service
- Economic growth and sustainability

TIMEFRAME

- Appointment of Cabinet happens next
- Then, national dialogue between parties, civil society
- Finally, a Cabinet *lekgotla* to agree on policy

POLICYMAKING

- The new GNU will deliberate and decide on agreed policies
- The budget-making process in government and Cabinet remains the same

NUTS AND BOLTS

- Work together, work towards consensus
- The composition of Cabinet will reflect election result
- The president appoints ministers
- Leaders will be consulted on who will become ministers

TAKING DECISIONS

- Consensus is the ideal
- If there's no consensus, sufficient consensus is enough
- Sufficient consensus: when 60% of parties in government agree

TALKING TO EACH OTHER

- A GNU Consultation Council will guide inner workings
- The Council will monitor progress, programmes, resources and implementation

A BROAD AGREEMENT

- National principles will also apply to provincial government
- The ANC, DA and IFP will occupy chairs of committees in legislatures

Stability and Hope

From a South African Perspective
by Yacoob Abba Omar, Johannesburg

In this brief article I focus on highlighting two issues:

- In which ways were the 29 May 2024 South African elections different?
- How will the novel form of government, called the GNU, operate?

Let me start by allaying concerns expressed, especially in the global north, about the future of democracy and suggestions of chaos and instability.

The fact that the ANC, which has been the ruling party for three decades, accepted the result sanguinely has, according to political analyst Steven Friedman, shattered 'some bigoted stereotypes about Africa and its people'.

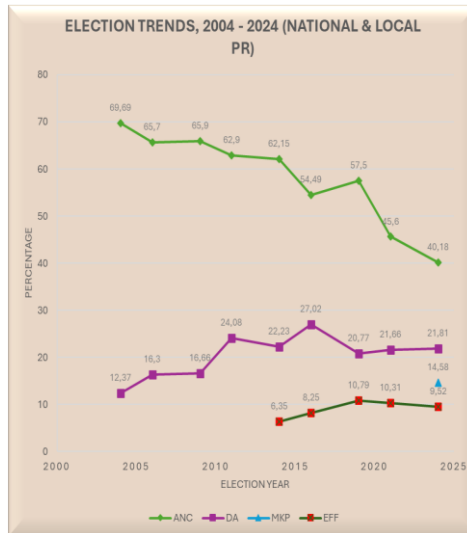
These are early days of the new regime but all parties involved in the Government of National Unity (GNU) are committing to stability, upholding the Constitution, and hope that the arrangements will last for many years to come.

Electoral trends

Electoral results since 2004 show a decline in support for the ANC as well as growth and then the stabilisation of Democratic Alliance (DA) & Economic Freedom Fighters (EFF) (see attached graph). Some of the remarkable features of the 2024 election results are:

- In the 2024 elections there were 52 parties compared to 48 in 2019, and the number of parties in the National Assembly increased from 12 to 18, 3 of which have 1 MP each;
- Spectacular rise of parties such as the uMkhonto weSizwe (MKP) and Patriotic Alliance (PA) advocating narrow identity issues and a crude populism with mixture of left and right rhetoric;
- At 58.64% worryingly lowest turnout of registered votes for national and provincial elections since registration began in

1999. In 2019 it was 66% and 80% in 2014, while that of previous years were around the seventies.



The Mapungubwe Institute has over the past few elections (see for example [this link](#)) used various ways of categorising the different trends and what support they received:

- Parties, and their splinters, connected with the fight against apartheid. This includes the ANC, MKP, EFF, Congress of the People (COPE,) United Democratic Movement (UDM), African Transformation Movement (ATM), Pan African Congress (PAC) / African People's Convention (APC), which collectively received 63.8% in 1994 and 70.4% in 2019 and now regressed to 66% in 2024.
- Parties with a history in 'white politics' such as the DA, Freedom Front + (FF+), which had a combined 24.3% in 1994, 28% in 2019 and are now at 23.77%; and the Multi Party Charter (MPC) alliance attained 28.82%

If we were to use traditional left/right categories, based on what the parties claimed and how they are seen by their supporters, the following were the trends:

- Left-of-centre parties, which includes ANC, UDM, GOOD, COPE and Rise Mzansi

(RISE) got 62.6% in 1994, 63.9% in 2014, 59% in 2019 and now 44% in 2024;

- Right-of-centre parties such as the now defunct Nationalist Party, DA, IFP, ACPD were at 35.3% in 1994, decreasing in 2000s, higher (27.9%) in 2014, 27% in 2019 and now at 29%;
- Far-left category, which in our categorisation includes EFF, Azanian People's Organization (AZAPO), PAC /ACP were barely 1% in 1994 and climbed to 6.6% in 2014, 11% in 2019 and are now at 9.75%. If MKP is added for its Radical Economic Transformation (RET) rhetoric – though it's conservative on many constitutional, social and traditional issues – the far-left category increases to 24.33%.

GNU and its operations

Many comparisons have been made with the GNU which Nelson Mandela led from 1994. It constituted a political compact during a deep crisis which threatened all constituencies. The key question we face today in South Africa is whether the economic, social, health and political poly-crisis act as a burning platform to nudge societal leaders towards co-operation for political stability, higher growth and development?

There were certain constitutional requirements which all the parties had to abide by. These include tight frames by which the election results needed to be announced, the swearing in of the elected MPs, and then their being constituted into a National Assembly which elects the Speaker, Deputy Speaker and the President as Head of State and Government. There was also a tight deadline by when the President is inaugurated.

These various measures had been hammered out by the founding parents of our democratic constitution on the basis of experiences in other parts of the world – especially how delays after the elections could contribute to devastating instability.

	A	B	C	D	E	F
1	As at 22 June 2024	Total	GNU		Non-GNU	
2	African National Congress	159	159			
3	Democratic Alliance	87	87			
4	uMkhonto weSizwe (MK)	58			58	
5	Economic Freedom Fighters	39			39	
6	Inkatha Freedom Party	17	17			
7	Patriotic Alliance	9	9			
8	Freedom Front Plus	6	6			
9	ActionSA	6			6	
10	African Christian Democratic Party	3			3	
11	United Democratic Movement	3	3			
12	Rise Mzansi	2	2			
13	Build One South Africa	2			2	
14	African Transformation Movement	2			2	
15	Al Jama-ah	2	2			
16	National Coloured Congress	2			2	
17	Pan Africanist Congress of Azania	1	1			
18	United Africans Transformation	1			1	
19	Good	1	1			
20	Totals	400	287		113	
21	%	100	71.75%		28.25%	
22						
23	If DA Leaves:					
24	Totals		200		200	
25	%		50.00%		50.00%	
26						

Both the DA and the ANC faced internal divisions in the immediate aftermath of the elections, with the former having to debate its various options with its Federal Executive Council, while the ANC had to also contend with its alliance partners, the SACP and Co-satu, and organisations like the Black Business Council, while managing internal debates.

Differences within the DA revolved around whether DA should remain the main opposition in parliament, but have a confidence and supply arrangements with an ANC-led government, or enter Cabinet as part of a GNU.

Debates within the ANC ranged from it occupying the opposition benches and

allowing the DA-led Multiparty Charter alliance to rule, or leading a minority government, or accepting the DA's initial proposal of confidence and supply, or leading a GNU. The last option was found to be the best for ensuring stability in the country which the ANC recognised as essential for dealing with the burning issues of the day.

The GNU Statement of Intent (Sol) initially signed by the ANC and then the DA and now the majority of parties in parliament, and which is shaping the new form of the GNU, is based on the principles of constitutionalism; economic reconstruction & renewal; workers' rights and social protection; community safety; a capable and ethical state, social cohesion and a just and equitable world order.

European analysts used to having months, if not years, of haggling around coalition arrangements would have been surprised how quickly the different parties were able to arrive at agreement on the GNU. As with any form of negotiations, there will be those who are not entirely happy but the majority are willing to give it a chance.

The Sol recognises the President's prerogative in appointing Cabinet, but in consultation with the leader of the appointee's party taking into account electoral outcomes and the national interest. Decisions are to be taken by consensus; but if not possible, then use the principle of sufficient consensus which became the basis of the tough constitutional negotiations in the early nineties. It also commits to the creation of a GNU Consultations Council for monitoring and alignment of the programme, resources and implementation mechanisms.

The election of the President, Speaker and Deputy Speaker on 14 June 2024 were critical points in the implementation of the rapprochement which was developing around the GNU as well as the inauguration of President Ramaphosa on June 18. Similarly, there was a lot of consideration which went into the appointment of the Cabinet, which President Ramaphosa announced to the nation on the evening of 30 June.

On the one hand he had to balance the representation of the parties which had signed up to the GNU's Sol, as well as be mindful of the various constituencies supporting the ANC. The DA has been allocated critically important portfolios such as Agriculture, which has to deal with food security as well as the impact of climate change; Basic Education, which has seen the quality of schooling decline to crisis levels; and Home Affairs which will need to deal, inter alia, with matters around visas, migration as well as electoral reform. Placing energy and electricity under one minister will also ensure that all aspects

of energy – including renewables which SA has been making remarkable progress - are dealt with under one roof.

The appointment of Ronald Lamola as Minister of Foreign Affairs is an exciting one which will ensure continuity in foreign policy: international solidarity, of which taking Israel to the ICC was a logical step, while being committed to the peaceful resolution of conflict, which underlines SA's approach to the war in Ukraine.

Observers have also been pointing that such a GNU should have a detailed programme before the parties sign up.



This is going to be discussed at a Cabinet lekgotla (Kabinettsklausur) where the Department of Planning, Monitoring and Evaluation will present a draft plan for government for the period 2024 to 2029.

This plan, referred to as the Medium Term Development Plan (MTDP), is based on the GNU's Sol as well as the various constituent party manifestos. From current indications, there is much similarity between the parties, ensuring that inclusive economic growth will be the apex priority with social policy and governance as the support pillars.

On Thursday 18 July, internationally celebrated as Nelson Mandela Day, President Ramaphosa will rise in parliament to present the Opening of Parliament Address (OPA) where he will set out the GNU's agenda for the next five years. We hope that Madiba will bless and guide the occasion.

Yacoob Abba Omar ist Director Operations des Mapungubwe Institute in Johannesburg.

Eine „Regierung der nationalen Einheit“ für Südafrika

Aus deutscher Sicht von Dr. Melanie Müller

Was sich in den Wahlprognosen schon lange angedeutet hatte, ist nun Realität geworden: Der African National Congress (ANC) wurde nach herben Verlusten bei der südafrikanischen Parlamentswahl zum ersten Mal seit den ersten freien Wahlen gezwungen, eine Koalitionsregierung zu bilden. Die ehemalige Befreiungsbewegung verlor mit 40,2 Prozent der Stimmen nicht nur 17,3 Prozentpunkte im Vergleich zur letzten nationalen Wahl in 2019, sondern auch ihre absolute Mehrheit. Laut Verfassung haben politische Parteien in Südafrika nach der Parlamentswahl genau zwei Wochen Zeit, bis das Parlament zusammentreten muss. Bei dieser Sitzung muss bereits der Präsident gewählt werden, was eine Einigung zwischen verschiedenen Parteien zur Mehrheitssicherung voraussetzt.

Statt Koalitionsverhandlungen mit unterschiedlichen Parteien zu beginnen, schlug Cyril Ramaphosa eine „Regierung der Nationalen Einheit“ (Government of National Unity, GNU) vor.

Neben dem ANC sind zehn weitere Parteien der GNU beigetreten. Dazu gehört die vormalige größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance (DA), sowie die deutlich kleinere Inkatha Freedom Party (IFP): Mit der Unterstützung dieser zwei Parteien hatte sich Cyril Ramaphosa zunächst am 14. Juni seine Wiederwahl zum Präsidenten gesichert. In den Tagen danach schlossen sich zusätzlich die Kleinstparteien Patriotic Alliance, Pan-African Congress of

Azania, Al Jamah-ah, GOOD Party, Freedom Front Plus, United Democratic Movement, United Africans Transformation sowie Rise Mzansi der GNU an.

Kein Wandel in der Parteienlandschaft

Mithilfe der GNU sichern sich der ANC und Cyril Ramaphosa somit also eine weitere Regierungszeit. Zudem vermied Ramaphosa mit seinem Vorschlag konkrete Gespräche über eine Koalition mit den Economic Freedom Fighters (EFF) und uMkhonto weSizwe (MKP), der neuen Partei von Jacob Zuma, führen zu müssen, was Teile des ANC gefordert hatten.

Im Wesentlichen dürfte eine GNU-Koalition für Ramaphosa das gewünschte Ergebnis sein. Über das Angebot einer GNU-Koalition verhinderte er gleichzeitig, von Teilen seiner Partei aufgrund der ihm zugeschriebenen Präferenz für eine wirtschaftsliberale Koalition mit der DA unter Druck zu geraten, kann aber dennoch mit ihr koalieren.



In Südafrika besteht seit langem eine hohe Unzufriedenheit mit dem ANC. Daher ist es nicht überraschend, dass er bei dieser Wahl nun tatsächlich an Zustimmung verlor. Auffällig ist jedoch, dass auch andere etablierte Parteien wie die DA und die EFF auf nationaler Ebene nicht wirklich von der Unzufriedenheit mit dem ANC profitieren konnten,

auch wenn die DA in den meisten Metropolen hinzugewonnen hat. Im Vergleich zu 2019 konnte die DA dennoch lediglich einen Prozentpunkt – und somit drei Sitze im Parlament – hinzugewinnen und landete bei 21,8 Prozent, während die EFF sogar 1,3 Prozent der Stimmen verloren und 9,5 Prozent erhielten.

Den größten Zugewinn erfuhr die neu gegründete MKP unter Jacob Zuma mit einem Stimmenanteil von 14,6 Prozent. Die Partei konnte in der Heimatprovinz KwaZulu-Natal (KZN) besonders viele Stimmen vom ANC abwerben und wurde dort stärkste Kraft.

Die Unterstützung für die MKP geht über die dort vorherrschende ethnische Zugehörigkeit zur Gruppe der Zulu hinaus: Zuma verfügt in KZN über enge politische und gesellschaftliche Netzwerke und wurde auch im ANC lange unterstützt, weil er Stimmen in dieser Provinz sichern konnte. Die Mischung aus Populismus und Destabilisierung, auf die Zuma setzt, zieht insbesondere Protestwähler:innen an.

Gleichzeitig deuten die Wahlergebnisse nicht auf einen grundlegenden Wandel in der Parteienlandschaft hin. Vielmehr vollzieht sich eine Absplitterung von Teilen des ANC-Milieus, das mit der MKP nun eine neue Partei unterstützt. Die MKP ist somit zwar eine neu gegründete, aber keine neue Partei: Vielmehr setzt sie auf alte Gesichter, bedient sich bereits etablierter Narrative und nutzt einen historisch besetzten Namen.

Weitere Konsolidierung der südafrikanischen Demokratie

Indem sie die Wahlergebnisse öffentlich anzweifelte und somit die demokratischen Prozesse in Zweifel zog, sorgte die MKP bereits unmittelbar nach der Wahl für Unruhe. Dass alle anderen Parteien – selbst die EFF, die für ihre provokanten Auftritte im südafrikanischen Parlament bekannt sind – die Wahlergebnisse anerkannt haben,

unterstreicht die demokratische Stabilität der südafrikanischen Parteienlandschaft.

Die zügige Einigung auf die GNU und damit eine breite Koalitionsregierung verdeutlicht das Verantwortungsbewusstsein beteiligter Parteien, Kontinuität für das wirtschaftlich und finanziell angeschlagene Land zu gewährleisten. Die kurze Frist bot den politischen Parteien ohne Koalitionserfahrung auf nationaler Ebene gleichzeitig wenig Zeit, um sich auf langfristige Ziele zu einigen und insbesondere die Konfliktpunkte zu besprechen.

Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob und wie es gelingen kann, die Zusammenarbeit in einer sehr heterogenen Akteurskonstellation in die Praxis umzusetzen. Konflikte bezüglich der Verteilung von Ressorts und Posten traten bereits zutage. Diese sind aber keine südafrikanische Besonderheit, sondern gehören zu Koalitionsbildungen in demokratischen Systemen dazu.

Ob die GNU-Koalition dauerhaft halten wird, wird allerdings davon abhängen, ob und inwiefern Ministerien, deren Administrationen seit 1994 mehrheitlich politisch von ANC-Akteuren besetzt sind, den erforderlichen Gestaltungsspielraum für politische Akteure aus anderen Parteien ermöglichen.

Dr. Melanie Müller ist Wissenschaftlerin mit Schwerpunkt Südafrika bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und Ko-Leiterin der Themenlinie „Kooperation im Kontext systemischer Rivalität“.



“The GNU in motion” – Präsident Cyril Ramaphosa stellt sein Programm vor Von Klaus Brückner

Es war wohl kein Zufall, dass der gerade als Staats- und Regierungschef wiedergewählte Cyril Ramaphosa die beiden Kammern des südafrikanischen Parlaments am „Mandela Day“ zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen hatte. Am 18. Juli, dem Geburtstag des Freiheitskämpfers, erbringen staatliche Institutionen, Firmen und gemeinnützige Organisationen unter dem Motto „work harder“ traditionell Dienste für die Gemeinschaft.

Der Präsident nutzte die Symbolkraft dieses Tages, um in seiner „Opening of the Parliament Address (OPA)“ [\[Text hier\]](#) die Vorhaben seiner zweiten Präsidentschaft vorzustellen. Die Protagonisten des von ihm nach den herben Wahlverlusten des ANC erfolgreich orchestrierten Zweckbündnisses zur Bildung eines „Government of National Unity“ (kurz: GNU) nehmen für sich in Anspruch, mit ihrer Zusammenarbeit die Interessen des Landes über die ihrer Parteien und ihrer politischen Akteure zu stellen. Dazu vielfach gezogene Vergleiche mit der von Nelson Mandela nach seinem großen Wahlsieg 1994 gebildeten Regierung der nationalen Einheit gehen jedoch angesichts der heute völlig anderen Ausgangslage fehl. Dennoch: Das Gnu gilt zwar nicht als die attraktivste Antilope in Afrika, ist aber kräftig und ausdauernd und zeichnet sich vor allem durch sein Sozialverhalten und friedlichen Umgang mit anderen Spezies aus.

So kündigt Präsident Ramaphosa ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm der GNU an. Es folge dem Leitgedanken, dass bei allem Streben nach Fortschritt und Wohlstand niemand zurückgelassen werde. Das Bündnis habe sich ohne Zeitverzug auf ein Minimal-Programm verständigt. In jetzt folgenden strategischen Diskussionen werde ein mittelfristiger Entwicklungsplan (Medium Term Development Plan) erarbeitet - mit klaren

Zielen, messbaren Wirkungen, konkreten Umsetzungsplänen und einer abgesicherten Finanzierung.

Eckpunkte des Regierungsprogramms

Die Regierung der 7. Legislaturperiode setzt drei strategische Prioritäten:

- Förderung von inklusivem Wachstum und Beschäftigung;
- Reduzierung von Armut und Bekämpfung der hohen Lebenshaltungskosten;
- Bildung eines leistungsfähigen, ethischen, entwicklungsorientierten Staates.

Dies sind alles „nach innen“ gerichtete Ziele; die Außenpolitik hat die Aufmerksamkeit der GNU (noch) nicht gefunden.

Sie sind auch nicht wirklich neu – weder als politische Ziele noch mit Blick auf die Pläne zu ihrer Erreichung. So finden sich zum Grundsatz „Leave no one behind“ und zu den jetzt als zentral wichtig hervorgehobenen Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung und Reform des Staates und seiner Institutionen nahezu gleichlautende Ankündigungen in den jährlichen Statusberichten („State of the Nation Address“) des Präsidenten in seiner ersten Amtszeit.

Allerdings: Der Startschuss zur zweiten Amtszeit schallt beim Thema Wachstum und Beschäftigung deutlich lauter als bei den anderen Zielen. Auch wenn die Errungenschaften des Black Economic Empowerment ausdrückliche Garantien erhalten und zahlreiche Maßnahmen zur sozialen Sicherung angekündigt wurden, wird der Vorrang der Wachstumsförderung sehr deutlich. Ramaphosa öffnet dazu einen großen Instrumentenkasten: Von Anreizen für Inlandsinvestitionen und der Einwerbung ausländischer Investitionen über massive Investitionen in die Infrastruktur (Energiesektor, alle Verkehrsbereiche) bis hin zur Förderung mittelständischer Betriebe, verbesserter beruflicher Bildung und Abbau von Bürokratie findet sich darin nahezu alles, was der Verbesserung der Rahmenbedingungen und

der direkten Förderung der Wirtschaft dient. Südafrika will sich auf seine Stärken und Ressourcen fokussieren und sich damit auf dem globalen Markt wettbewerbsfähiger positionieren.

Der rote Faden der OPA erinnert ein wenig an Thabo Mbeki's GEAR-Programm (Growth, Employment and Redistribution). Auch das war geprägt von dem Leitgedanken, dass am Ende nur das (um)verteilt werden kann, was durch ein nachhaltiges stabiles Wachstum erwirtschaftet wurde. Mbeki konnte mit seiner wirtschaftsliberalen Politik solides Wachstum erreichen. Ihm gelang es aber nicht, daraus Nutzen für die Überwindung der Ungleichheit durch gerechtere Verteilung zu ziehen. Es darf gehofft werden, dass es dieser Regierung gelingt, auch die sozialen Ankündigungen zu realisieren.

Besonderen Ehrgeiz zeigt Ramaphosa bei dem Vorhaben, die lokale Ebene und insbesondere die Metros in die Pflicht zu nehmen. Als die den Menschen nächste staatliche Ebene will er sie ertüchtigen, ihre Beiträge zu Wachstum und Infrastrukturentwicklung zu leisten und die Dienstleistungen für die Bevölkerung zu verbessern. Eine wohl sehr „sportliche“ Erwartung angesichts der Feststellung des Rechnungshofes, dass nur 38 der 257 südafrikanischen Kommunen finanziell „gesund“ sind.

Der geplante breit angelegte inklusive Dialog mit Repräsentanten aller gesellschaftlichen Kräfte ist eine gute Botschaft. So sollen die Potenziale, Kapazitäten und Ressourcen aller gesellschaftlichen Gruppen für notwendige Transformationsprozesse und Reformen identifiziert und genutzt werden.

Aber – und nicht zuletzt – die ehrgeizigen Pläne im Bereich der Infrastruktur erfordern sehr viel Geld. Die Möglichkeiten der staatlichen Finanzierung sind angesichts einer ohnehin hohen Schuldenlast sehr gering. Die erhofften Auswirkungen wirtschaftlichen Wachstums auf die Staatsfinanzen werden ebenso Geduld erfordern wie die

erwarteten Effekte der angekündigten Zusammenfassung aller staatseigenen Unternehmen in einer Holding. Da wird der erfahrene Finanzminister Enoch Godongwana seinem Team noch viel Kreativität abverlangen müssen, um dem Präsidenten eine solide Finanzierung des Medium Term Development Plan präsentieren zu können.

Die zweite Amtszeit Ramaphosas – „lame duck“ oder ein nachhaltiges Vermächtnis?

Cyril Ramaphosa hat mit seiner beherzten Bündnisbildung nach dem Wahlverlust des ANC Südafrikas stabile Demokratie unter Beweis gestellt. Er hat mit der GNU neue Partner gewonnen und seine schärfsten Gegner innerhalb und außerhalb des ANC zumindest vorläufig „neutralisiert“. So ist er in seiner zweiten und letzten Amtszeit trotz (oder gerade wegen) seiner schlechten Wahlergebnisse möglicherweise in einer komfortableren Situation als bisher. Er muss zwar die unterschiedlichen Interessen seiner Bündnispartner moderieren und zu gemeinsamen Ergebnissen führen. Dabei ist er aber nicht mehr allein den Machtkämpfen im ANC und in dem National Executive Committee ausgeliefert. Er kann auf die Notwendigkeit von Kompromissen im Interesse des Landes in einer Regierungskonstellation mit einer Vielzahl politischer Akteure verweisen. Die durch die „Bündnisarithmetik“ entstandene Vergrößerung der Regierung ist durchaus kritisch zu sehen. Andererseits stärkt sie den Führungsanspruch des Präsidenten und erschwert die Bildung von Gruppierungen von Kabinettsmitgliedern gegen den Regierungschef.

Es muss ihm jedoch gelingen, über seine Ankündigungen hinaus nun tatsächlich konkrete Ergebnisse zu erzielen. An seiner Fähigkeit, die GNUs in Bewegung zu halten und zum Ziel zu führen, wird sich am Ende die Gesamtbewertung einer „Ära Ramaphosa“ in Südafrika bewerten lassen.

Klaus Brückner ist Geschäftsführendes Mitglied im Vorstand von DeSaFor

Bericht über die Mitgliederversammlung von DeSaFor am 16. April 2024 von Peter Conze

Die ordentliche Mitgliederversammlung von DeSaFor fand am 16. April im Afrika-Haus in Berlin statt. Der Entwurf des Protokolls ist inzwischen an alle Mitglieder versandt worden. Da einige Inhalte wohl auch über den Mitgliederkreis hinaus von Interesse sind, berichten wir hier kurz, ohne uns dabei an der formalen Tagesordnung zu orientieren.

Rückblick

Hans Bussmann berichtete über die Aktivitäten im Jahr 2023. Wiederum wurde eine Reihe von Aktivitäten mit meist positiver Resonanz durchgeführt.

Dabei haben wir uns bemüht, verstärkt südafrikanische Partner einzubeziehen. Im Rahmen der Reihe 'Let's Talk' gab es insgesamt 6 Veranstaltungen. In allen Fällen waren die Gesprächspartner Südafrikaner. In den vier Ausgaben des Newsletters kamen auch Autoren aus Südafrika zu Wort. Ebenfalls in jeder Ausgabe stellte sich eine deutsche in Südafrika tätige Organisation vor. Der Ansatz, Themen aus deutscher wie aus südafrikanischer Sicht zu beleuchten, soll in 2024 fortgesetzt werden. Ferner fand eine Präsenzveranstaltung im Anschluss an die Mitgliederversammlung 2023 mit Sarah Bernardy, der für das Südliche Afrika zuständigen Referatsleiterin im Auswärtigen Amt, statt.

Rita Brückner, im Vorstand für Finanzen und die Mitgliederbetreuung zuständig, berichtete über die stabile finanzielle Situation des Vereins. Die Rechnungsprüfer bestätigten die Korrektheit des Jahresabschlusses. Hans Bussmann dankte Rita Brückner für ihre ausgezeichnete Arbeit.

Aktivitäten im Jahr 2024

Inhaltlich werden mit großer Wahrscheinlichkeit die Wahl und ihre Folgen im Zentrum der Arbeit von DeSaFor in 2024 stehen.

Bereits in der 1. Ausgabe des Newsletters im März sind wir auf die Situation im Vorfeld der Wahlen eingegangen und behandeln in dieser 2. Ausgabe die Wahlergebnisse als zentrales Thema. Am 30. April 2024 fand im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 29.05.2024 eine Let's Talk-Veranstaltung mit allen sechs in Südafrika tätigen deutschen politischen Stiftungen unter Moderation von Klaus Brückner statt, die zu ebenfalls sehr positiven Rückmeldungen führte. Neben weiteren Ausgaben des Newsletters und von 'Let's Talk' sind wieder eine Reihe kleinerer Treffen mit Besuchern aus Südafrika zum Beispiel zu informellen Mittagessen geplant.

Zukunft des Vereins

Ein wichtiges Thema bei der Mitgliederversammlung war die Zukunft von DeSaFor. Vor jetzt über fünf Jahren hatte eine kleine Gruppe von Südafrika-Freunden und Freundinnen mit dem Aufbau von DeSaFor begonnen. Aus unterschiedlichen Gründen, vor allen Dingen altersbedingt und angesichts anderer Aufgaben, möchten die Beteiligten jetzt die Verantwortung gerne in andere, vor allem jüngere Hände legen.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Vorstände in Gesprächen mit Mitgliedern und Interessenten bemüht, deren Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung zu gewinnen. Die Vielfalt der Aufgaben und die aufwändige Vorbereitung der unterschiedlichen Aktivitäten, insbesondere auch der Newsletter erfordern eine Vorbereitung durch einen breiten Kreis von Akteuren. Bei den Gesprächen zeigte sich eine hohe Wertschätzung von DeSaFor und der Wunsch, die Vereinsaktivitäten unbedingt fortzusetzen. Die Bemühungen, aktive Mitgestalter zu finden, blieben jedoch erfolglos. Deshalb hier noch einmal der Appell an alle Leser und Leserinnen, bei der Suche nach Interessierten behilflich zu sein!

Der Vorstand hat sich zum Ende des Jahres 2023 darauf verständigt, nach Kooperati-

onspartnern für DeSaFor zu suchen, um Aktivitäten zu bündeln und gegebenenfalls auch Organisationen rechtlich zusammenzuführen oder - als letzte Konsequenz - den Verein aufzulösen. Vor diesem Hintergrund war auch der Vorschlag zur Änderung der Satzung zu verstehen, die Hürden für eine evtl. erforderliche Auflösung des Vereins herabzusetzen. Der Vorschlag für diese Änderung der Satzung wurde von den Mitgliedern angenommen.

Inzwischen ist es gelungen, mit dem Südafrika-Forum NRW eine bestehende Struktur zu finden, die Interesse an einer Kooperation mit DeSaFor hat. Dies könnte ein Weg sein, die von Mitgliedern und Interessenten gleichermaßen gewünschte Fortsetzung der Aktivitäten zu sichern und zugleich den Adressatenkreis der Aktivitäten zur Förderung der deutsch-südafrikanischen Zusammenarbeit in schwieriger werdenden Zeiten zu erweitern und, nicht zuletzt, auch jüngere Akteure in der Zivilgesellschaft zu erreichen.

Der Vorschlag des Vorstands, in diesem Zusammenhang Gespräche mit dem Südafrika-Forum NRW zu führen, fand unter den anwesenden Mitgliedern breite Zustimmung. Wir werden Sie über die weitere Entwicklung informieren.

Peter Conze ist Stellvertretender Vorsitzender von DeSaFor e.V.

In eigener Sache: Neue Zusammensetzung des Vorstandes von DeSaFor e.V.

Nach dem seit längerem angekündigten Ausscheiden der bisherigen Vorstandsmitglieder Caroline Stiebler und Annette Verheyen hat der Vorstand am 3.7.2024 in einer außerordentlichen Sitzung mit **Gabriela Schmitt**, Sprecherin des Beirates des Südafrika-Forums NRW (SAFNRW), und **Vera Dwors**, Geschäftsführerin des SAFNRW, zwei neue Vorstandsmitglieder berufen. Zudem machte der Vorstand von der satzungsmäßigen Möglichkeit Gebrauch und berief mit **Klaus Brückner** ein siebtes Vorstandsmitglied. Klaus Brückner übernimmt die Aufgabe der Geschäftsführung. Diese Berufungen bedürfen der Zustimmung der nächsten Mitgliederversammlung.